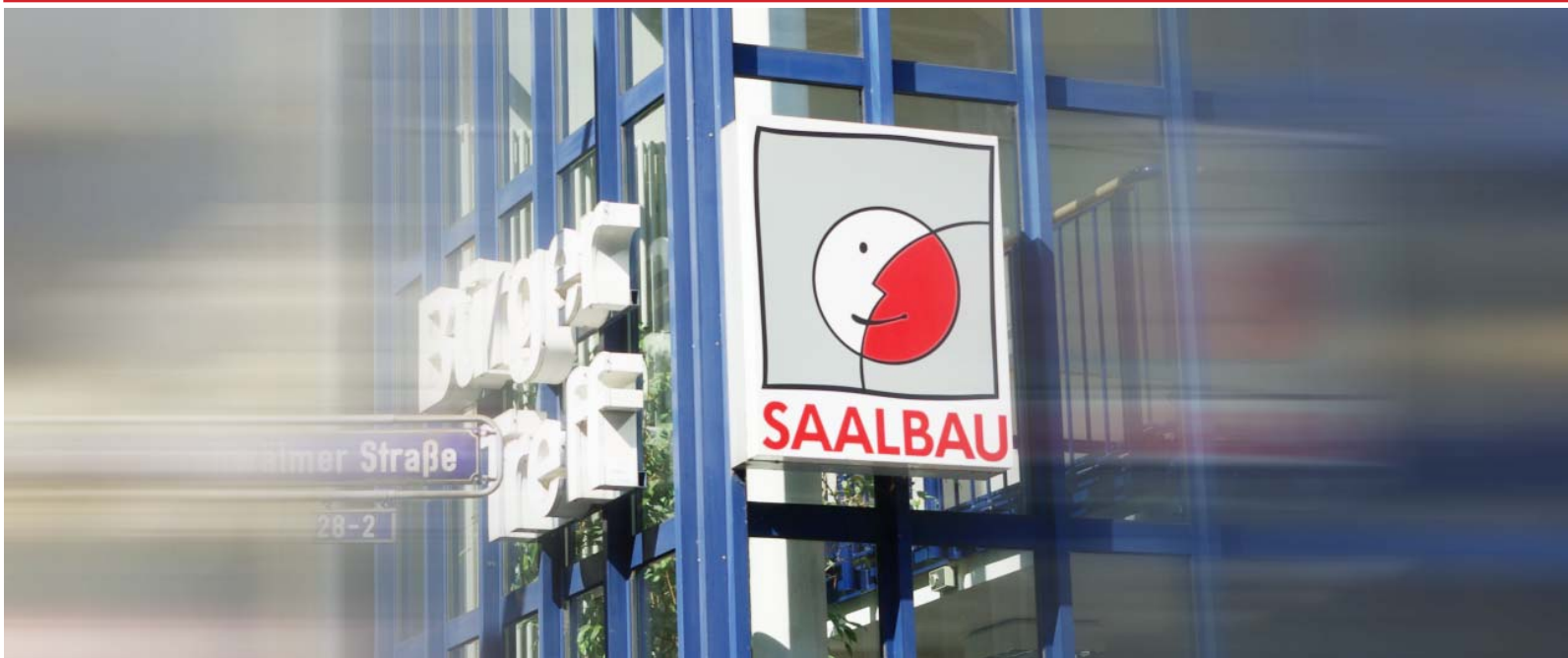


## Bürgerhäuser erhalten – Vereine unterstützen!

Stadtteilkultur nicht im Regen stehen lassen



**Seit dem 1. Juli ist es teurer für die Frankfurter Vereine, wenn sie einen Raum bei der städtischen Saalbau in einem der Frankfurter Bürgerhäuser oder eine Turnhalle der Stadt mieten. Frankfurter Vereine erhalten einen vergünstigten Mietpreis, aber nun steigt der Eigenanteil, zunächst um einen Euro.**

Frankfurt/STM. Doch dies soll nur der Anfang der Preiserhöhungen sein. Die Koalition von CDU und Grünen plante zunächst eine drastische Anhebung bei den Preisen für die Vereine für die nächsten Jahre, außerdem sollten Kultur- und Sportvereine unterschiedlich behandelt werden. Nach heftigen Protesten aus den Vereinen und scharfer Kritik der SPD-Fraktion im Römer haben CDU und Grüne die weitere Anhebung der Preise zunächst auf Eis gelegt.

Das Ausmaß der geplanten Erhöhung ist völlig unangemessen. So hätte zum Beispiel für nicht-sportliche Nutzungen die vorgesehene Doppelerhöhung zum 01.07.2014 und zum 01.01.2015 zu einer Mietpreiserhöhung bei der Nutzung von Clubräumen von 39,3 %, bei der Nutzung von Sälen von 45,0 % innerhalb nur eines halben Jahres geführt. Innerhalb eines Vierjahreszeitraumes wären für die Vereine Mietpreissteigerungen von bis zu 64,3 % entstanden (siehe Graphik).

In einem Beschluss heißt es nun, das endgültige Konzept solle im Dialog mit den Nutzerinnen und Nutzern überarbeitet werden und dann der

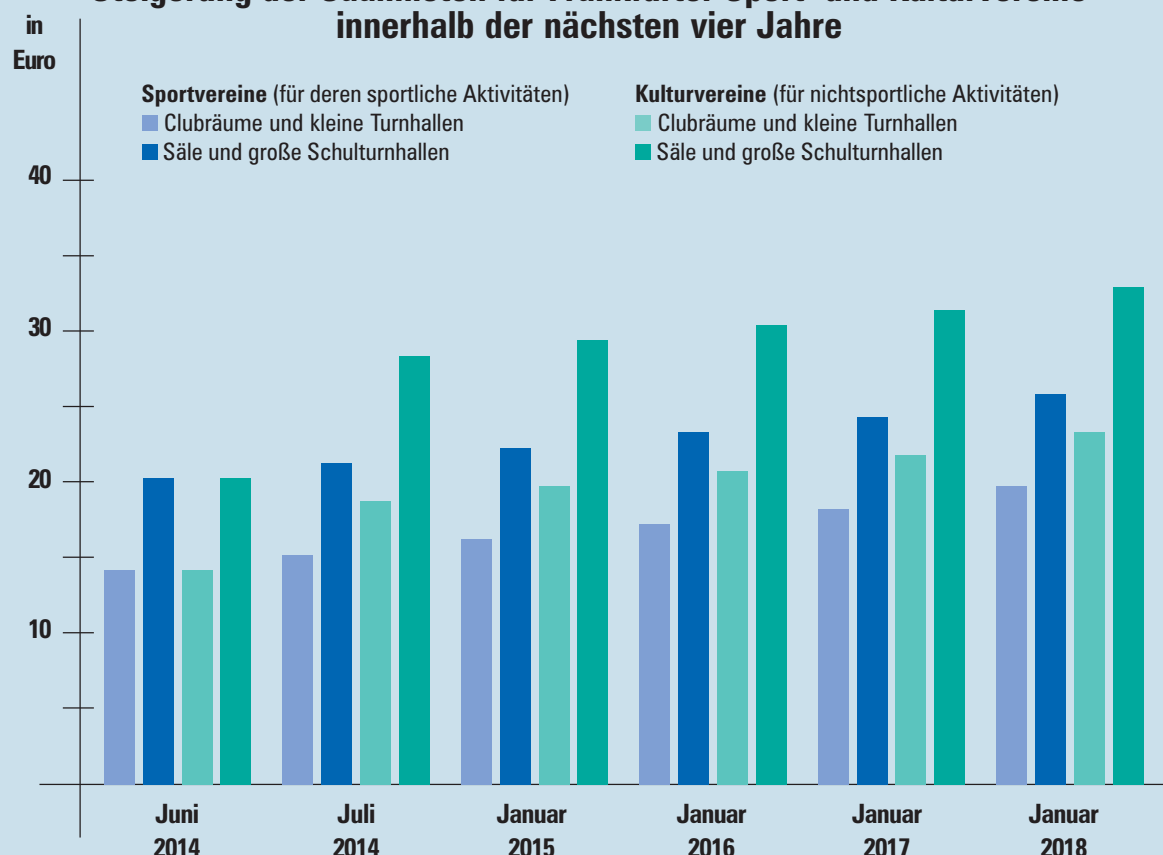
Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt werden. „Vereine – lasst euch nicht über den Tisch ziehen. Wer es mit dem Ehrenamt ernst meint, der sollte auch die Vereine und Bürgerhäuser nicht im

Regen stehen lassen. Auch die Stadtteilkultur und der Vereinssport brauchen die Unterstützung der Stadt.“ – fordert die SPD-Fraktion. Es ist doch ganz klar, Bürgerhäuser kosten Geld und kommen ohne städ-

tische Förderung nicht aus. Wenn CDU und Grüne, wie bereits im Haushalt 2013 beschlossen, die Zuschüsse um 1 Mio. Euro kürzen, bleibt dies nicht ohne Folgen. Zur Zeit ist völlig offen, wie es mit den


### So hatte es Schwarz-Grün geplant

Steigerung der Saalmieten für Frankfurter Sport- und Kulturvereine innerhalb der nächsten vier Jahre



**EDITORIAL**

**Liebe Leserinnen und Leser,** mit seinem Vorschlag, die Mieten der städtischen Wohnungsgesellschaft ABG Frankfurt Holding für die Dauer von drei Jahren in geringem Rahmen zu erhöhen, hat Oberbürgermeister Feldmann einen interessanten Vorschlag gemacht. Und offenbar einen Nerv getroffen. Anders ist das Aufheulen der schwarz-grünen Stadträte wie auch der privaten Immobilienwirtschaft nicht zu interpretieren. Frankfurts Einwohnerzahlen wachsen schneller, als es der Wohnungsmarkt verkraften kann. Die Folge davon: Massiv anziehende Preise. Von Feldmanns Vorschlag würden nicht nur die rund 50.000 Mieter der ABG profitieren, sondern – wegen des deutlich dämpfenden Effekts der Maßnahme auf den Mietspiegel – auch alle anderen Mieterinnen und Mieter in Frankfurt. Wenn schon das Ausweisen neuer Wohnungsgebiete nur zögernd voran geht, muss wenigstens für den Wohnungsbestand eine vernünftige Regelung greifen. Andernfalls werden wir uns in Zukunft das Wohnen in Frankfurt nicht mehr leisten können – jedenfalls dann nicht, wenn man zu den Normalverdienern gehört.



Herzlichst  
Ihr  
**Klaus Oesterling**  
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Römer

Frankfurter Saalbauten weiter gehen wird, auch über die Schließung von einzelnen Bürgerhäusern wird seit längerer Zeit spekuliert. So war unter anderem über die Schließung des Saalbaus am Bügel/Nieder-Eschbach und des Saalbaus in Bockenheim gerätselt worden. Für die SPD-Fraktion steht fest: Es ist eine Frage der politischen Prioritäten einer Stadtregierung, wie sie mit den Bürgerhäusern und der Förderung von Kultur- und Sportvereinen umgeht. Die Bürgerhäuser in unseren Stadtteilen sind Teil unserer Stadtteilkultur, Orte der Begegnung, des Miteinanders, die nicht leichtsinnig aus fiskalpolitischen Beweggründen geopfert werden dürfen. Zumal CDU und Grüne weiter Schulden machen und andere Projekte großzügig unterstützen.

# Lieber spät als nie...

## FRANKFURT BEKOMMT EINEN NEUEN SCHULENTWICKLUNGSPLAN

Nachdem der letzte Schulentwicklungsplan im Jahr 2007 beschlossen wurde, hat Bildungsdezernentin Sarah Sorge nun endlich den Prozess angestoßen, die Frankfurter Schullandschaft voranzubringen. Das ist dringend nötig: Die Schülerzahlen wachsen seit Jahren und viele Grundschulen und noch mehr Gymnasien arbeiten längst jenseits ihrer Kapazitätsgrenze.

Frankfurt/Lü. „Wir sind froh, dass es endlich los geht“, sagte die bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Römer, Sylvia Weber. „Wir werden allerdings sehr genau darauf achten, dass der versprochene breit angelegte Beteiligungsprozess ernst gemeint und für die vielen Bürgerinnen und Bürger, die sich einbringen werden, keine Showveranstaltung wird“, fügte sie hinzu.

Ein externes Unternehmen namens IPG, das von der Stadt Frankfurt beauftragt wurde, wird mehrere große und kleine sogenannte Stadtwerkstätten organisieren und moderieren, während eine Leitungsgruppe den inhaltlichen Ablauf überwacht. Anfang 2015 soll das Ergebnis vorliegen und der Stadtverordnetenversammlung zur Abstimmung übergeben werden.

„Dass nun im Sinne der Inklusion zum ersten Mal die Schulentwicklung

für die allgemeinbildenden und die Förderschulen zusammen gedacht und geplant wird, begrüßen wir sehr“, so Weber. Parallel werde auch die Bewerbung als Modellregion Inklusion beim Land Hessen formuliert.

„Ob dieses riesige Maßnahmenpaket wie geplant zum Schuljahr 2015/2016 durch das Hessische Kultusministerium genehmigt ist und in Kraft treten kann, halte ich zumindest für fragwürdig“, so die Bildungspolitikerin. „Mit den Teilfortschreibungen des Schulentwicklungsplans ist jetzt jedenfalls Schluss. Wir erwarten eine bildungspolitische Vision des Magistrats für die nächsten fünf bis zehn Jahre, zu der wir unseren Teil beitragen werden“, sagte die Stadtverordnete.

**Wer den Schulentwicklungsprozess online verfolgen will, wird hier fündig:**  
<https://frankfurt-macht-schule.de/>



## Ein Schulbesuch:

## Mit dem Oberbürgermeister in Fechenheim-Nord



Frankfurt/Lü. Überall strahlende Gesichter und aufgeregte Kinder und Jugendliche: Die Freude war groß an der Konrad-Haensch-Schule, als Oberbürgermeister Peter Feldmann leibhaftig durchs Schultor geschritten kam. Im Rahmen seiner Schulbesuchsreihe stand diesmal mit Fechenheim Nord ein Stadtteil im Mittelpunkt, der so gut wie nie in der Öffentlichkeit vorkommt. „Ich will mit meinen Schulbesuchen die Arbeit von Menschen würdigen, die sonst nie groß Beachtung findet und die hier in Fechenheim ganz zentral für den sozialen Frieden ist“, machte Feldmann schon in seiner Begrüßung deutlich.

Die 580 Kinder und Jugendlichen, welche die Grund-, Haupt- und Realschule besuchen, hatten sich bestens auf den prominenten Gast vorberei-

tet. Im Eingangsgebäude waren Schautafeln vorbereitet, die die Besuchergruppe über die verschiedenen Arbeitsgruppen am Nachmittag und den Schwerpunkt Berufsberatung informierten. Sichtlich stolz berichteten Schülerinnen und Schüler mit Haupt- und Realschulabschluss von ihren Ausbildungsverträgen, die sie alle für kommenden September in der Tasche haben. „Dank der hervorragenden Betreuung und den guten Kontakten zu Betrieben und Firmen hier im Umfeld finden die Jugendlichen an dieser Schule Sicherheit und Perspektive“, zeigte sich der Oberbürgermeister sichtlich angetan. Und das in einem Stadtteil mit überdurchschnittlich hohem Anteil von Familien, die auf Transferleistungen angewiesen sind.

Auch für die Kleinen hat die Kon-

rad-Haensch-Schule viel zu bieten. Sage und schreibe 102 Kinder besuchen nach dem Mittagessen die ESB (Erweiterte Schulische Betreuung), wo sie jeden Tag bis 17 Uhr bleiben können. Ein Team von 17 Mitarbeiterinnen des Internationalen Bundes kümmert sich um die Kinder, von Sportangeboten über Hausaufgabenhilfe ist alles dabei.

Ein rundum gelungener Besuch, der alle beeindruckt hat. Und auch nachdenklich zurückgelassen hat, nachdem ein Lehrer am Rande erzählte: „Unsere Schülerinnen und Schüler fühlen sich hier so wohl, dass sie nachmittags oft lieber im Schulgebäude bleiben, als nach Hause zu gehen“. So gut kann Schule in Frankfurt funktionieren.

## Interview mit Mike Josef



# „Wir müssen Frankfurts Wachstum aktiv gestalten“

**Der 31-jährige Politikwissenschaftler ist seit 2011 Stadtverordneter und seit 2013 Vorsitzender der Frankfurter SPD. Hauptberuflich arbeitet er als Organisationssekretär beim DGB in Südosthessen. Die SPD-Fraktion vertritt er im Ausschuss für Wirtschaft und Frauen sowie im Ausschuss für Bildung und Integration.**

■ Herr Josef, Frankfurt ist zur Zeit eine wachsende, man könnte sagen eine boomende Stadt. Freut Sie das oder sehen Sie damit auch Probleme auf die Stadt Frankfurt zukommen?

■ Das freut mich natürlich in erster Linie. Wen würde das nicht freuen? Aber selbstverständlich ist der enorme Bevölkerungszuwachs auch mit Herausforderungen verbunden, denen sich die Stadtpolitik stellen muss. Beim schwarz-grün geführten Magistrat sehe ich da eher einige Defizite...

■ Aber gerade erst wurde doch ein neues Wohnbaulandentwicklungsprogramm beschlossen?

■ Das ist richtig, aber bei weitem nicht ausreichend. Planungsdezernent und Bürgermeister Cunitz hat auf der Grundlage von Zahlen des Instituts der

Deutschen Wirtschaft in Köln selbst gesagt, dass Frankfurt bis 2030 mit bis zu 800.000 Einwohnern rechnen kann. Das ist gegenüber der gegenwärtigen Einwohnerzahl eine Steigerung um 100.000 Einwohner. Da werden die geplanten 6.000 Wohnungen aus dem Entwicklungsprogramm gerade mal für den Zuwachs der ersten ein bis zwei Jahre ausreichen. Aus unserer Sicht führt kein Weg daran vorbei, auch über neue Stadtteile nachzudenken, die im Weg einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme mitsamt der nötigen Infrastruktur realisiert werden.

■ Geht das dann nicht zu Lasten der Entwicklung in den anderen Stadtteilen?

■ Im Gegenteil. Die SPD ist die Partei, die in der Vergangenheit immer

die Entwicklung in den Stadtteilen im Auge hatte und weiterhin hat. Auf unsere Initiative gehen die Programme Schöneres Frankfurt und Soziale Stadt zurück, das jetzt Aktive Nachbarschaft heißt. Es war SPD-Planungsdezernent Martin Wentz, der neben dem Riedberg das Leben am Fluss ins Zentrum der städtischen Politik gesetzt hat. Daran gilt es weiter zu arbeiten. Ich sehe unsere Aufgabe als Kommunalpolitiker nicht in erster Linie darin, das Wachstum möglichst auszureizen, sondern darin, das Wachstum, das auf uns zukommt, für alle aktiv zu gestalten.

■ Wie wollen Sie das machen?

■ Zum einen durch die Bereitstellung von ausreichend Flächen für den Wohnungsbau. Das ist sozusagen die ma-

terielle Seite. Wir müssen aber auch die ideelle Seite im Auge behalten. Wir müssen zeigen, wo Frankfurts Stärken liegen, dass die Stadt ein tolles Lebensgefühl vermittelt und dass es Spaß macht, in einer Stadt mit einem urbanen Zentrum zu leben.

■ Stichwort urbanes Zentrum: Was stellen Sie sich darunter vor?

■ Ich glaube die Entwicklung im Ostend rund um die EZB bietet große Chancen. Dort am Mainufer rund um die Skaterbahn entwickelt sich gerade eine Keimzelle urbaner Kultur. Wir können solche Entwicklungen befördern und beschleunigen, wenn wir zum Beispiel auch den Mut aufbringen, die Lebensqualität zu erhöhen, indem wir die nördliche Mainuferstraße vom Autoverkehr befreien. Damit würden

wir das Stadtzentrum – gefühlt – näher an den Main rücken. Daraus könnte meiner Meinung nach wirklich was Tolles entstehen. Aber bisher fehlt im Magistrat der Mut dazu, obwohl ich fest davon überzeugt bin, dass das eine machbare Idee ist.

■ Zum Abschluss: Verraten Sie uns noch Ihren Lieblingsort in Frankfurt?

■ Ich bin gerne am Main. Der Fluss ist Frankfurts Lebensader. Aber toll finde ich es auch, am Samstag mit meiner Frau auf der Berger Straße zu bummeln und in einem der vielen Cafés ein wenig zu entspannen.

■ Vielen Dank für das Gespräch.

*Das Gespräch führte  
Aylin Cetinkaya*

# Die Vorreiterrolle der Kultur

**Das muss man dann wohl Avantgarde nennen: Wenn die Kultur voranschreitet und für andere Lebensbereiche den Weg ebnet. So wie in Frankfurt, wenn es darum geht, das Spardiktat zu vermeiden und durch Tarifsteigerungen erhöhte Personalkosten auf die Allgemeinheit abzuwälzen?**



© PIA Stadt Frankfurt am Main, Foto: Rainer Ruffer

*Frankfurt/bep.* Ein Blick zurück: Vor einigen Wochen, als Stadtkämmerer Becker (CDU) die Ergebnisse der Jahresrechnung für 2013 vorstellte, hob er als einzigen seiner Magistratskollegen Kulturdezernent Semmelroth (CDU) hervor. Nicht ob seiner kulturellen Großtaten, sondern weil dieser die Einsparvorgaben für seinen Dezernatsbereich im zurückliegenden Jahr deutlich verfehlt hatte. Wenige Tage später war dann der Presse zu entnehmen, dass die gestiegenen Personalkosten bei den Städtischen Bühnen aufgrund der Tarifsteigerungen im Öffentlichen Dienst bis zu 90 Prozent durch einen

höheren städtischen Zuschuss ausgeglichen werden sollen.

Für diejenigen Zuschussempfänger in Frankfurt, die an dem Konzept der Avantgarde festhalten (Utopisten), muss diese Nachricht wie ein Signal zum Aufbruch geklungen haben: Danach sind wir an der Reihe, hurra! Für alle anderen (Realisten vermutlich) jedoch eher wie Hohn!

Denn gleichzeitig stehen Außenstellen der Jugendmusikschulen – in Fechenheim und Zeilsheim – vor der Schließung, weil – warum wohl? Weil die gestiegenen Personalkosten von der Stadt nicht übernommen werden. Und so geht es vielen weiteren Verei-

nen, Verbänden und Institutionen, die auf ihrem Feld wichtige, zum Teil unersetzliche Arbeit leisten. Deren Existenz kann damit auf dem Spiel stehen. Der Kulturdezernent scheint bereit zu sein, Opfer zu bringen. Und der Kämmerer schweigt dazu.

Für die SPD-Fraktion jedenfalls war das Anlass genug, eine umfangreiche Anfrage an den schwarz-grünen Magistrat zu richten, nach welchen Kriterien er zukünftig über solche Zuschussentscheidungen befinden will: Nach einer nachvollziehbaren und transparenten Entscheidungsmatrix oder weiter wie bisher – wie auch immer es heißen mag.

## Frankfurt ist bunt!



### Aus den Frankfurter Stadtteilen

#### Polizeiverordnung heißt jetzt Gefahrenabwehrverordnung

„Es ist mir absolut unverständlich, wie der Ordnungsdezernent es dazu kommen lassen konnte, dass Frankfurt fast drei Jahre keine gültige Polizeiverordnung hatte. Nach dem Debakel mit den Schulsanierungen durch die grüne Bildungsdezernentin ist das ein weiteres Beispiel dafür, wie die schwarz-grüne Stadtregierung die Sachen schleifen lässt. Mehr und mehr bekommen die Bürgerinnen und Bürger das jetzt zu spüren“, sagte der verwaltungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Römer, Holger Tschierschke.

Nach Einschätzung des Regierungspräsidiums Darmstadt hat der Frankfurter Magistrat die rechtzeitige Erneuerung der seit August 1981 geltenden Polizeiverordnung schlicht verschlafen. „Nach § 79 des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung treten nicht befristete Gefahrenabwehrverordnungen nach dreißig Jahren außer Kraft. Die Gesetzeslage scheint mir da ziemlich eindeutig zu sein. Es war ein verzweifelter Versuch des Ordnungsdezernenten Markus Frank, den derzeitigen Rechtszustand – oder vielmehr rechtlosen Zustand – für eine Spitzfindigkeit unter Juristen zu erklären, um von seinem eklatanten Versäumnis abzulenken“, kritisierte Tschierschke. Mit der Neufassung der Polizeiverordnung, die jetzt Gefahrenabwehrverordnung heißt, wurde der Fehler behoben.

#### Mietpreisbremse: Land verzögert

„Die Verordnung über die Begrenzung der Mieterhöhungen könnte längst in Kraft sein“, sagte der wohnungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Römer, Sieghard Pawlik. „Warum die Landesregierung jetzt mit dem Entwurf noch eine überflüssige und unverständliche Schleife dreht, indem sie dazu ein Anhörungsverfahren einleitet, ist in keiner Weise nachzuvollziehen.“

Pawlik verweist darauf, dass das entsprechende Gesetz, das Grundlage für die hessische Verordnung sei, bereits seit einem Jahr in Kraft ist. So habe Bayern seine Landesverordnung zur Mietpreisbremse bereits im letzten Jahr auf den Weg gebracht. „Angesichts des massiven Drucks auf dem Wohnungsmarkt können wir uns keine weiteren Verzögerungen leisten“, ist der SPD-Wohnungspolitiker überzeugt. „Gerade in den Ballungsgebieten ist hier schnelles Handeln erforderlich. Vor allem aber muss in Frankfurt die Mietpreisbremse für das ganze Stadtgebiet gelten und nicht nur für ausgewählte Stadtteile.“

Auch Berlin und Hamburg hätten mit ihren jeweiligen Verordnungen das gesamte Stadtgebiet einbezogen. Nur eine schnelle und entschlossene Umsetzung des Gesetzes könne auch eine dämpfende Wirkung auf den Mietspiegel haben, meint Pawlik. „Bereits jetzt wird bei den Mieterhöhungen ausgeschöpft, was irgend geht. Mit zusätzlichen Pirouetten verstärkt die Landesregierung den Druck auf dem Mietwohnungsmarkt nur, anstatt ihm entgegen zu wirken.“

## Frankfurt MODERN



#### IMPRESSUM

Redaktion: Henning Beppler (bep), Gabi Faust-Becker (GF), Jetta Lüdecke (Lü), Stefan Mank (STM), Hans Preißl (HP), Klaus Oesterling (Oe)

V.i.S.d.P.: Henning Beppler, SPD-Fraktion im Römer, Bethmannstraße 3, 60311 Frankfurt, Tel. 069/281541, Fax 069/287708, E-Mail [info@spd-fraktion.frankfurt.de](mailto:info@spd-fraktion.frankfurt.de)

Fotos: Stefan Mank (S. 1), shutterstock (S. 2 oben), Carsten Costard (S. 3)

Gesamtherstellung: [complot-mainz.de](http://complot-mainz.de)

Auflage: 160.000

An alle Haushalte mit Tagespost